

Verfassung des Kantons Zürich (Auszug)

(vom 27. Februar 2005)

10. Kapitel: Kirchen und weitere Religionsgemeinschaften

Art. 130 ¹ Der Kanton anerkennt als selbstständige Körperschaften des öffentlichen Rechts:

Kirchliche
Körperschaf-
ten

- a. die evangelisch-reformierte Landeskirche und ihre Kirchgemeinden;
- b. die römisch-katholische Körperschaft und ihre Kirchgemeinden;
- c. die christkatholische Kirchgemeinde.

² Die evangelisch-reformierte Landeskirche, die römisch-katholische Körperschaft und die christkatholische Kirchgemeinde sind im Rahmen des kantonalen Rechts autonom. Sie regeln:

- a. das Stimm- und Wahlrecht in ihren eigenen Angelegenheiten nach rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen in einem Erlass, welcher dem obligatorischen Referendum untersteht;
- b. die Zuständigkeit für die Neubildung, den Zusammenschluss und die Auflösung von Kirchgemeinden.

³ Das Gesetz regelt:

- a. die Grundzüge der Organisation der kirchlichen Körperschaften;
- b. die Befugnis zur Erhebung von Steuern;
- c. die staatlichen Leistungen;
- d. die Zuständigkeit und das Verfahren für die Wahl der Pfarrerrinnen und Pfarrer sowie deren Amtsdauer.

⁴ Es kann vorsehen, dass ein Teil der Steuererträge einer negativen Zweckbindung unterstellt wird.

⁵ Der Kanton hat die Oberaufsicht über die kirchlichen Körperschaften.

Art. 131 ¹ Von den weiteren Religionsgemeinschaften sind die Israelitische Cultusgemeinde und die Jüdische Liberale Gemeinde vom Kanton anerkannt.

Weitere
Religions-
gemein-
schaften

² Diese ordnen die Mitwirkung ihrer Mitglieder nach rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen.

³ Das Gesetz regelt unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Autonomie der Religionsgemeinschaften:

- a. die Wirkungen der Anerkennung;
- b. die Aufsicht.

12. Kapitel: Übergangsbestimmungen

Kirchen

Art. 145 ¹ Die auf historischen Rechtstiteln beruhenden Leistungen des Staates an die kirchlichen Körperschaften bleiben bis zur gesetzlichen Neuregelung garantiert. Die Neuregelung dieser Leistungen orientiert sich an deren bisherigem Gesamtumfang.

² Bis zur Neuregelung des kirchlichen Stimm- und Wahlrechts gelten die Bestimmungen des kantonalen Rechts.

³ Bis zur Neuregelung der Zuständigkeiten für die Neubildung, den Zusammenschluss und die Auflösung von Kirchgemeinden gelten die Bestimmungen des Gemeindegesetzes.